

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15978
Freitag, 22. Jänner 2021

EU-Agrarministerrat: Handelsabkommen im Fokus	1
Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft fixiert	1
Wintertagung 2021: Sicherung der Lebensmittelversorgung hat Vorrang	4
Tschechien beschließt Mindestquoten für heimische Nahrungsmittel	5
Fachforum: Erste Erfolge in Richtung Klimaneutralität in der Landwirtschaft	6
BRD: Fachkongress für erneuerbare Mobilität diskutiert Biokraftstoffe	7
Unsicherheit über Exportbremsen und Regen in Südamerika stoppen Getreiderallye	9
EU-Schweinemarkt: Überhänge bei schlachtreifen Tieren und gesättigte Fleischmärkte	11
LK OÖ ruft zur Teilnahme an Landwirtschaftskammerwahl auf	11
OÖ: Hiegelsberger begrüßt einstimmigen Landtagsbeschluss zu Kälberprämie	12
Moskau erwartet auch 2021 umfangreiche Getreideernte	13
Ukraine exportierte 2020 deutlich mehr Sonnenblumen	13
Hagelversicherung: Absage an dritte Flugpiste ist Sieg für wertvollen Bodenerhalt	14

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Agrarministerrat: Handelsabkommen im Fokus

Kommission wird neue Studie präsentieren

Brüssel, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Die agrarpolitische Tagesordnung ist für die Minister nach der Positionierung zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dünner geworden. Zur Debatte stehen am EU-Agrarministerrat am kommenden Montag die Auswirkungen von bestehenden und geplanten Handelsabkommen auf den EU-Agrarsektor. Anlass dazu gibt eine Studie über kumulative Auswirkungen von Handelsabkommen, welche die EU-Kommission kommende Woche präsentieren möchte. Nachdem das Joint Research Center (JRC) 2016 eine Studie über die Folge von einzelnen Abkommen auf die Landwirtschaft in der EU anfertigte, geht es jetzt um die Wechselwirkungen der Abkommen in ihrer Vielzahl. * * * *

Die portugiesische Ratspräsidentschaft wird auf ihrem ersten Agrarrat zunächst per Videokonferenz ihr Programm vorstellen und dann mit den EU-Mitgliedstaaten über die ausgehandelten Fangmöglichkeiten in britischen Gewässern sprechen. Zudem wird den Ministern ein Zwischenbericht über die Verhandlungen in den GAP-Trilogien geliefert. Unter dem Tagesordnungspunkt "Sonstiges" will Slowenien die Lage auf dem EU-Schweinefleischmarkt ansprechen. (Schluss) mö

Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft fixiert

Köstinger: Gesamtvolumen beträgt 60 Mio. Euro - Anträge ab 15. Februar möglich

Wien, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - "2020 war ein herausforderndes Jahr für die österreichische Landwirtschaft. Zusätzlich zu oftmals ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen hat die Corona-Krise einzelne Branchen, vor allem durch die Schließung der Gastronomie und Hotellerie, besonders schwer getroffen. Zum Teil sind die Umsatzeinbußen und Verluste existenzbedrohend. Mit dem 'Verlustersatz für indirekt Betroffene in der Landwirtschaft' setzen wir jetzt eine wirksame Maßnahme zu Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern", teilt Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** mit. Das Gesamtvolumen dieses Verlustersatzes beträgt 60 Mio. Euro. Einkunftsverluste aufgrund COVID-bedingter Einnahmehausfälle können damit teilweise ersetzt werden. Diese Unterstützungsmaßnahme wurde in intensiven Verhandlungen des Agrarressorts mit Vertretern der Landwirtschaftskammer und des Bauernbundes geschaffen und kann ab 15. Februar 2021 beantragt werden. * * * *

Die Betriebe und Betriebszweige in der österreichischen Landwirtschaft sind unterschiedlich hart durch die Corona-Krise vom Einbruch ihrer Absatzmöglichkeiten betroffen. Der Verlust wird für die Betriebszweige einzeln pauschal berechnet. Übersteigt dieser pauschal errechnete Verlust eine bestimmte Höhe, werden 70% des errechneten Verlustes als Förderung gewährt.

Voraussetzungen für den Verlustersatz

Für die Beantragung dieser Unterstützung gelten folgende Voraussetzungen: Der landwirtschaftliche Betrieb hat im Betrachtungszeitraum von Oktober 2020 bis März 2021 einen entsprechenden Verlust erlitten. Ein Verlust von zumindest 30% des Deckungsbeitrages ist Voraussetzung für den Zuschuss (für die Weinwirtschaft gibt es ein eigenes Berechnungsmodell). 70% des pauschal ermittelten Einkunftsverlustes werden als Zuschuss gewährt. Es handelt sich dabei um einen nicht rückzahlbaren Zuschuss. Die beihilfenrechtliche Grenze der EU liegt bei maximal 100.000 Euro für jeden landwirtschaftlichen Primärproduzenten. Die Beantragung und Abwicklung dieser Maßnahme erfolgt über die Agrarmarkt Austria (AMA).

Köstinger: Stehen auch in schwierigen Zeiten zu bäuerlichen Familienbetrieben

"Viele Bäuerinnen und Bauern sind massiv von einbrechenden Absätzen betroffen, weil Gastronomie und Hotellerie infolge der Corona-Krise geschlossen haben. Sie brauchen unsere Hilfe. Mit dem Verlustersatz für indirekt betroffene Betriebe in der Landwirtschaft lindern wir existenzielle Nöte und fangen die größten Verluste auf. Wir stehen zu unseren bäuerlichen Familienbetrieben - gerade in schwierigen Zeiten. Die Hilfen sollen möglichst schnell, einfach und direkt bei den betroffenen Betrieben ankommen", betont Köstinger. Schweinebauern und Weinwirtschaft seien besonders stark betroffen, große Verluste gebe es aber auch in anderen landwirtschaftlichen Bereichen. Der Verlustersatz könne von allen Landwirten beantragt werden, die unter den entsprechenden Verlusten massiv leiden.

Moosbrugger: Wirksame Hilfe, um Produktion auch weiterhin zu gewährleisten

"Die Landwirtschaft ist eng mit der Gastronomie, dem Tourismus und der gesamten Lebensmittelindustrie verflochten. Sie stellt die Grundprodukte für diese wichtigen, aber von der Corona-Krise enorm betroffenen Wirtschaftszweige zur Verfügung. Die Krise trifft daher die Landwirtschaft ebenso heftig, insbesondere pauschalierte bäuerliche Betriebe. Nun hilft die Bundesregierung mit dem Verlustersatz besonders betroffenen Bäuerinnen und Bauern", begrüßt **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, diese Maßnahme. "Insgesamt stehen 60 Mio. Euro dafür zur Verfügung. Wir bieten all jenen landwirtschaftlichen Branchen, die besonders schwer unter Absatz- und Einkommensproblemen als Folge der Corona-Krise leiden, Hilfe an und unterstützen unsere Betriebe dabei, die Produktion auch weiterhin zu gewährleisten", so Moosbrugger.

Strasser: Praxistaugliche Lösung für indirekt betroffene Betriebe

"Was sich bereits im ersten Lockdown abgezeichnet hat, ist im zweiten harten Lockdown leider bittere Realität geworden. Veredelungsbetriebe haben durch den Wegfall der Abnehmer in Gastronomie und Hotellerie mit herben Absatzverlusten zu kämpfen. Dieses Problem haben wir bereits im Herbst aufgezeigt. Nun freut es mich, dass eine praxistaugliche Lösung für diese indirekt betroffenen Betriebe in der Landwirtschaft möglich gemacht wurde", erklärt Bauernbund-Präsident und Obmann des parlamentarischen Landwirtschaftsausschusses, **Georg Strasser**. "Mit dieser Maßnahme können wir den am stärksten von der Corona-Krise betroffenen Betrieben unter die Arme greifen. Der Verlustersatz kann grundsätzlich von allen Betrieben beantragt werden, die dementsprechende Einbußen nachweisen können. Ich bedanke mich dafür bei der gesamten Bundesregierung, vor allem bei Ministerin Köstinger", so Strasser.

Seitinger: Wertvolle Unterstützung für Bäuerinnen und Bauern

"Viele unserer bäuerlichen Betriebe sind massiv von den Corona-Auswirkungen betroffen. Mit diesem Hilfspaket können zahlreiche Existenzen gerettet werden, und es ist ein wichtiger Schritt für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln", ist der aktuelle Vorsitzende der Agrar-Landesräte, **Hans Seitinger**, überzeugt. "Das Ausbleiben von Millionen Gästen im Tourismus und das Schließen der Gastronomie führte in vielen Bereichen zu einem Absatzeinbruch und einem enormen Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte. Ich danke der Bundesregierung mit Kanzler Sebastian Kurz und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger für diese wertvolle Unterstützung unserer Bäuerinnen und Bauern", unterstreicht Seitinger.

Hiegelsberger: Bundesregierung unterstützt rentable und zukunftsfähige Tierhaltung

"Oberösterreich trägt mit 40% der heimischen Schweineproduktion und 30% der Rinderhaltung wesentlich zur Ernährungssouveränität in Österreich bei. Die Corona-Pandemie hat aufgrund des Ausfalls der Gastronomie und des Tourismus zu schweren wirtschaftlichen Verlusten auf unseren Betrieben geführt. Die aktuelle Verlängerung des Lockdowns hat die Situation noch einmal verschärft", erklärt Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger**. "Wir haben daher in den vergangenen Wochen intensiv an einem unbürokratischen und praktikablen Verlustersatz gearbeitet, um keine Betriebe aus der Produktion zu verlieren. Der Verlustersatz für indirekt betroffene Landwirte ist ein klares Zeichen der Bundesregierung für eine rentable und zukunftsfähige Tierhaltung in Österreich", sagt Hiegelsberger. Die bäuerlichen Familienbetriebe sollten nach dieser Krise wieder positiv in die Zukunft blicken können.

Schmuckenschlager: Winzer von Gastro-Lockdown besonders betroffen

"Die Bäuerinnen und Bauern sichern die Lebensmittelversorgung im Land. Das tun sie zu jeder Zeit, darauf kann sich jeder Einzelne verlassen. Unsere bäuerlichen Betriebe müssen sich deshalb darauf verlassen können, dass auch sie berücksichtigt werden, wenn es um staatliche Hilfe geht. Mit der geplanten Unterstützung der Agrarsparten passiert das nun. Sie soll vor allem jenen Bäuerinnen und Bauern helfen, die besonders hart betroffen sind. Dazu zählen etwa jene Betriebe, die Zulieferer der Gastronomie und Hotellerie sind und deren Produkte zu einem guten Teil im Außer-Haus-Verzehr Absatz finden. Dazu zählt auch der Wein. Die Winzerinnen und Winzer sind sehr innovativ, um die Vermarktung ihrer Weine aufrechtzuerhalten. Es braucht aber auch finanzielle Unterstützung, um die durch den Lockdown verursachte Lücke zu verkleinern", betont Weinbaupräsident **Johannes Schmuckenschlager**. (Schluss)

Wintertagung 2021: Sicherung der Lebensmittelversorgung hat Vorrang

Experten: Lehren der Corona-Krise in GAP einbringen

Wien, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Am heutigen Fachtag Gemüse-, Obst- und Gartenbau diskutierte das Ökosoziale Forum im Rahmen der Wintertagung 2021 die Sicherheit und Stabilität unseres Ernährungssystems. Durch die aktuelle COVID-Krise, aber auch durch den Klimawandel würden bisher noch kaum beachtete Anfälligkeiten entlang unserer Lebensmittel-Wertschöpfungskette offensichtlich, wie zum Beispiel Abhängigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung und mögliche Versorgungsengpässe, warnten die Experten. Insgesamt waren heute rund 550 Teilnehmer via Livestream dabei, die mit den Referenten Lehren aus den Krisen sowie mögliche Lösungen und Chancen erörterten. Dazu zählen etwa eine stärkere gemeinsame Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette und eine entsprechende Vorbereitung auf künftige globale Entwicklungen. * * *

*

Pernkopf: Wollen in Europa produzieren und Importe vermeiden

Der Präsident des Ökosozialen Forums, **Stephan Pernkopf**, formulierte eingangs einen Leitgedanken für die anschließenden Vorträge und die Diskussion: "Wir sind für die Zukunft gut aufgestellt, müssen aber dafür sorgen, dass es in Europa künftig nicht weniger, sondern mehr Produktion gibt, da die Weltbevölkerung wächst. Ich bin daher nicht dafür, dass der Green Deal und seine Strategien ein Generalangriff auf die Landwirtschaft sind, bei dem am Schluss weniger Produktion rauskommt. Dann gibt es zwar Blühstreifen von Spanien bis Lettland, aber auch mehr Kondensstreifen, weil die Produkte aus anderen Ländern eingeflogen werden. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine starke Eigenversorgung in Europa auf Basis einer nachhaltigen Intensivierung. Das heißt: Lebensmittel werden in Europa unter höchsten Standards und Auflagen regional produziert. Es ist besser, eine Selbstversorgung aus einer nachhaltigen heimischen Landwirtschaft sicherzustellen, als von anderen Kontinenten Produkte mit fragwürdigen Umwelt- und Sozialstandards zu importieren."

Reiner: Müssen internationale Entwicklungen antizipieren und Ableitungen treffen

In seinem Vortrag zum Thema "Wovor sollen wir uns fürchten und wovor nicht?" beleuchtete **Stephan Reiner**, Oberst und Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie, internationale Abhängigkeiten und den volatilen Weltmarkt sowie seine Auswirkungen auf die globale Lebensmittelversorgung. "China ist mittlerweile eine der größten globalen Mächte, die jeden Tag Auswirkungen auf Europa hat. Wenn sie etwa den Verlauf der Seidenstraße mit aktuellen Krisenregionen hinterlegen, dann ist zu sehen, dass die europäischen Staaten und jene des Nahen Ostens ursächlich davon betroffen sind. China ist zudem kein agrarisch strukturiertes Land mehr. Mehr als die Hälfte der 1,3 Mrd. Menschen in der Volksrepublik lebt mittlerweile in Städten, und der Schweinefleischkonsum hat sich in den letzten zehn Jahren verachtfacht. Das hat Auswirkungen auf den Sojapreis und damit letztendlich auch auf Österreich und seine Lebensmittelversorgung", gab Reiner zu bedenken.

"Ein Kleinstaat benötigt Resilienz. Das heißt, eine wirtschaftliche Verschränkung, wie wir sie heute vorfinden und wie sie unsere Wirtschaft betrifft, benötigt natürlich eine Kooperation. Das bedeutet aber auch, dass die 'Just in time-Wirtschaft' mit einer Lagerung am Lkw zur sofortigen Verfügbarkeit zum erwünschten Zeitpunkt besonders anfällig für Krisen ist. Hinzu kommt: Färbt man auf einer

Weltkarte Länder mit Konflikten, Unruhen und bewaffneten Konflikten rot ein, dann sind viele Länder um Österreich rot. Aber Furcht ist trotzdem nicht angebracht. Es reicht, Ableitungen zu treffen für klar erkennbare Entwicklungen auf diesem Planeten", so der Experte.

Fankhauser: Werden Lehren aus der Krise in GAP-Verhandlungen einbringen

Johannes Fankhauser, Leiter der Sektion II - Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im BMLRT, sprach über die Lehren aus der Corona-Krise und betonte, dass der Agrarsektor systemrelevant und überlebensnotwendig sei. "Die Lebensmittel- und die Landwirtschaft haben in Österreich eine enorme Bedeutung. Entlang der Wertschöpfungskette sind rund 420.000 Arbeitnehmer tätig. Das sind rund 9% aller Erwerbstätigen in Österreich. Dieser Anteil ist je nach Region jedoch unterschiedlich und geht in einzelnen Regionen bis zu 15%. Das zeigt die enorme Bedeutung der Lebensmittelwirtschaft."

"Viele Essensgewohnheiten haben sich während des ersten Lockdowns radikal verändert. Umfragen zeigen, dass diese neuen Gewohnheiten auch nach der Krise bleiben. Die Direktvermarktung ist enorm gestiegen. Wir haben 2020 an Mengen und neuen Wegen in der Direktvermarktung ein Plus von 40% verzeichnet. Das zeigt, wie stark die Sehnsucht war, die heimische Lebensmittelwirtschaft zu unterstützen und zu wissen, wo das Produkt herkommt", so Fankhauser.

Gesicherte Lebensmittelversorgung ist keine Selbstverständlichkeit

"Während des ersten Lockdowns und der Corona-Krise war die Versorgung der heimischen Konsumenten mit Lebensmitteln zu keinem Zeitpunkt gefährdet, aber nur deshalb, weil es eine enorm gute Zusammenarbeit mit unseren Partnern gegeben hat. Österreich ist dadurch sehr gut durch die Krise gekommen. Die gesicherte Lebensmittelversorgung ist aber keine Selbstverständlichkeit. Das BMLRT hat daher eine Studie zu den Lehren aus der Corona-Krise mit Ergebnissen bis Frühsommer 2021 initiiert und wird diese auch in die Gemeinsame Agrarpolitik einarbeiten", kündigte Fankhauser an. Detaillierte Informationen zur Wintertagung 2021 sind unter www.oekosozial.at zu finden. (Schluss)

Tschechien beschließt Mindestquoten für heimische Nahrungsmittel

EU-Kommission warnt vor Verstoß gegen den freien Warenverkehr

Prag, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Nach dem tschechischen Lebensmittelgesetz muss das Sortiment größerer Lebensmittelgeschäfte ab 2022 zu 55% aus heimischen Erzeugnissen bestehen. Bis 2028 soll der Anteil der inländischen Produkte stufenweise auf 73% erhöht werden. Mit dem Gesetz soll die heimische Landwirtschaft unterstützt werden. Der tschechische Landwirtschaftsminister **Miroslaw Toman** forderte die Abgeordneten im Unterhaus auf, ein bisschen nationalistisch zu sein. Eine große Mehrheit des Unterhauses stimmte für das protektionistische Gesetz. Eine Entscheidung im Senat in Prag steht noch aus. * * * *

Die EU-Kommission warnte vor einem möglichen Verstoß gegen den EU-Binnenmarkt. Der freie Warenverkehr gehöre zu den wichtigen Pfeilern der EU, betonte eine Sprecherin der EU-Kommission. Zwar wolle die EU-Kommission die lokale Erzeugung unterstützen, das dürfe aber

nicht zu einer Diskriminierung von weiter entfernten Produzenten führen, stellte die Sprecherin klar. Deshalb werde die EU-Kommission die Entwicklung in Tschechien genau beobachten und gegebenenfalls dagegen vorgehen. (Schluss) mö

Fachforum: Erste Erfolge in Richtung Klimaneutralität in der Landwirtschaft

Australien berichtet von positiven Effekten durch Produktionsumstellungen

Berlin, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - In allen Teilen der Welt beteiligt sich der Agrarsektor am Klimaschutz, da es schon im eigenen Interesse der Landwirte ist, etwas gegen Trockenheit und Hitze zu unternehmen. Doch die politische Begleitung zu einer klimafreundlichen Agrarproduktion unterscheidet sich in den verschiedenen Ländern. Ist die Landwirtschaft in Australien besonders von der Erderwärmung betroffen, werden gerade von dort Erfolge bei der Umstellung der Erzeugung berichtet. Selbst nach zwei Jahren ohne einen Tropfen Regen würden Landwirte inzwischen etwas ernten, erklärte **Jonathan Duniam**, der stellvertretende australische Agrarminister. * * * *

Auf dem Online-Fachforum "Klimawandel - was geht's die Landwirtschaft an" im Rahmen der Grünen Woche in Berlin führte Duniam aus, Methoden im Ackerbau ohne pflügen, mit trockenheitsresistenten Sorten und der Präzisionslandwirtschaft zeigten in Australien erste Erfolge. Der Rindersektor des Landes habe sich vorgenommen, bis 2030 klimaneutral zu werden. Die ersten klimaneutralen Steaks gebe es in Australien bereits, meldete Duniam. Vor allem ein Futterzusatz mit Rotalgen vermindere den Methanausstoß der Rinder erheblich. Australien setze auf Innovation, die vom Agrarsektor selbst, also ohne Förderungen vorangetrieben werden müsse. Förderungen lähmten nur die Anstrengungen der Landwirte, in Zeiten des Klimawandels ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ist der stellvertretende Minister vom australischen Weg überzeugt.

In Kanada werde es ohne eine staatliche Begleitung der Landwirte nicht gehen, meinte die kanadische Agrarministerin **Marie-Claude Bibeau**. Die Förderungen sollen vor allem in die Risikoabsicherung für die Landwirte fließen. Kanadische Landwirte seien bereits von Investitionen in den Klimaschutz überzeugt. Die Bindung von Kohlendioxid im Boden, Investitionen in die Erzeugung von Biotreibstoffen und die Vermeidung von klimaschädlichen Gasen bei der Düngung nannte Bibeau als Schwerpunkte bei der Anpassung des kanadischen Agrarsektors. Hinzu käme die lokale Erzeugung, die der kanadische Konsument mehr und mehr einfordere.

Wojciechowski: EU hat Vorreiterrolle

Die EU ist nicht allein, stellte EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** auf dem Fachforum über den Klimaschutz erleichtert fest. "Wir gehen in die gleiche Richtung", hielt der EU-Kommissar in der Debatte fest. Die EU habe dabei eine Voreiterrolle. Sie wolle bis 2050 klimaneutral wirtschaften, und der EU-Agrarsektor müsse auch einen Beitrag dazu leisten. Die "Farm to Fork"-Strategie" der EU-Kommission mit ihren quantitativen Zielen spiele dabei eine entscheidende Rolle, betonte Wojciechowski. Zudem bekämen mit der GAP-Reform die Landwirte Anreize für eine klimafreundliche Erzeugung. Der Treibhausgasausstoß im Agrarsektor liege zum erheblichen Teil an den zu weiten Transporten von Lebensmitteln, beklagte Wojciechowski. Agrargüter würden im Durchschnitt 177 km transportiert, von denen sich etliche Kilometer durch eine lokale Erzeugung einsparen ließen. (Schluss) mö

BRD: Fachkongress für erneuerbare Mobilität diskutiert Biokraftstoffe

Experten: Zahlreiche Möglichkeiten für Einsatz alternativer Energieträger

Berlin, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Heute endete der 18. Internationale Fachkongress für erneuerbare Mobilität "Kraftstoffe der Zukunft 2021", der vom 18. bis zum 22. Jänner 2021 erstmalig im digitalen Format durchgeführt wurde. In insgesamt 15 Foren haben mehr als 70 Experten aus dem Biokraftstoffsektor sowie der Mineralöl-, Automobil- und Chemieindustrie, der Mobilitäts-, Logistik- und Transportbranche, der Politik und der Wissenschaft ihre Strategien, Konzepte und Maßnahmen für mehr Klimaschutz im Verkehr präsentiert. * * * *

"Wenn das Risiko besteht, dass die Ziele im Sektor Landwirtschaft nicht ausreichen, heißt es, dass dem Sektor Budget entzogen wird", warnte **Axel Kunz**, Manager im John-Deere-Werk Mannheim. 3,6% der Emissionen des Verkehrs würden in Deutschland von Landmaschinen emittiert. Dies sei vergleichbar mit den Werten für den gesamten EU-Raum. Das bedeute, dass 0,8% aller Klimagase jährlich von Landmaschinen verursacht würden.

Ehrgeizige Klimaziele

Nachdem die EU den Green Deal als gemeinsames Ziel beschlossen habe, seien mit 55% weniger Treibhausgasen bis 2030 die Klimaziele noch ehrgeiziger geworden. Nach einer Hochrechnung müssten dann 11% weniger CO₂-Emissionen aus der Landwirtschaft kommen. Das Potenzial der Landwirtschaft sei allerdings größer als die formulierten Ziele. "1,5 Mio. t CO₂-Einsparung erreichen wir, es ist aber ein sehr geringer Beitrag zum Klimaschutz", so der Experte. Dennoch wäre die Sofortwirkung auf die Landwirtschaft positiv. "Wir können den Kunden empfehlen, ihre Bestandsmaschinen mit Biodiesel zu betreiben", so Kunz. New Holland habe die Brennstoffzelle zugunsten der Entwicklung von Biomethan-Traktoren zurückgestellt. "Man kann nicht allem und jedem nachlaufen. Wir haben uns seit Jahren mit Pflanzenöl beschäftigt, aber wenn ein Konkurrent Biomethan verfügbar macht, ist das gut", sagte der John-Deere-Vertreter.

Spitzenplatz für Bayern

Bayern liegt schon länger an Deutschlands Spitze, was Klimaschutz betrifft. Gemäß bayerischem Klimaschutzgesetz wollen Land und Kommunen in ihren Einrichtungen bereits bis 2030 klimaneutral sein. Die bayerische Klimaschutzoffensive hat ein Volumen von 700 Mio. Euro. 100 Einzelmaßnahmen sind darin vorgesehen, darunter Waldumbau, Renaturierung von Mooren, klimaschonende Landwirtschaft und Ernährung. Der Ökolandbau soll bis 2030 auf 1 Mio. ha ausgebaut werden. Da wundert es nicht, wenn auch die Bayerischen Staatsgüter mit ihrer Verwendung alternativer Kraftstoffe eine Vorreiterrolle im deutschen Klimaschutz einnehmen. "Wir haben im Moment etwas mehr als 20 von insgesamt etwa 250 Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, die mit erneuerbaren Energien angetrieben werden, zumeist mit Biokraftstoffen, aber auch elektrisch", sagte **Werner Ortinger** vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. "Und wir unterstützen unsere nachgeordneten Behörden, wenn sie nachhaltige Kraftstoffe einsetzen", erklärte Ortinger.

"Das geht nur, wenn die Rahmenbedingungen für den Einsatz passen", sagte Ortinger. Deshalb sei man froh, wenn die Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge weiter bestehen könne. Aber: "Wir brauchen mehr Kooperation, auch mit den Herstellern, vor allem aber mit den Landwirten, weil sie sich als gebrannte Kinder bei Biokraftstoffen fühlen." Würden Traktoren der Stufe 5 nicht mehr für Biokraftstoffe zugelassen, sieht es laut Ortinger "schlecht aus". Aber: "Biokraftstoffe sind verfügbar, 300.000 ha braucht man dafür. Es wäre schade, wenn die rausfallen würden". Er habe mit Sorge vernommen, dass man B100-Maschinen (mit Biodiesel betrieben) aus Kostengründen nicht einsetzen könne.

Vorteile der Biokraftstoffe

Die Hersteller müssten dann ihre Motoren für die anderen Kraftstoffe homologieren. "Die Homologierung wird wohl angegangen werden, wenn Nachfrage entsteht", sagte **Edgar Remmele**, Abteilungsleiter am Technologie- und Förderzentrum im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe (TFZ). Deshalb sei es wichtig, der Landwirtschaft klare Perspektiven zu geben. Die Hersteller würden sich bedeckt halten, solange keine Nachfrage erkennbar sei. Derzeit würden alle Treibstoffe gleich besteuert. Durch die Energiesteuerbegünstigung würden Alternativen zwar preiswerter, sagte Remmele, "aber es ist nie klar, wie es im kommenden Jahr weitergehen wird, und so können die Landwirte kein Geschäftsmodell entwickeln".

Abgesehen von Klimaschutz seien Bioantriebe nicht umweltgefährlich. Wenn der entstehende Kuchen auch noch verfüttert werde, vergrößerten sich die Einsparungen. Im Vergleich zum Diesel seien Rapsöl und Biodiesel günstig, genormt und im heimischen Anbau verfügbar, einfach zu lagern und zu tanken, zudem kein Gefahrstoff. "Aber es gibt kaum Herstellerfreigaben. Hier könnte sofort eine starke Verbesserung erfolgen", sagte Remmele.

Methan biete eine breite Rohstoffbasis, allerdings müssten Betankungsmöglichkeiten vorhanden sein, die aber teuer seien. Damit angetriebene Maschinen befänden sich noch in Erprobung, noch mangle es an Serienmaschinen. Batterien würden eine Energieeffizienz bieten, benötigten aber höhere Volumina, und die Maschinen seien schwerer, was für den Bodendruck bedeutsam sei. Zwar gebe es nur wenige Maschinen in diesem Leistungsbereich, dem stünden aber geringere Energiekosten und regionale Wertschöpfung gegenüber. Der TFZ-Experte empfahl Rapsöl und Biodiesel für Leistungen unter 100 KW und eine Tankanlage in Nähe des Betriebes sowie Batteriebetrieb für den Innenbereich, weil keine Schadstoffe entstünden.

Probemodell mit Rapsöl

Robert Altmann, Ostbayrische Technische Hochschule Regensburg, berichtete zum Schluss aus der Erprobungspraxis von Prüfstanduntersuchungen an einem Deutz-NRMM-Motor mit Rapsölkraftstoff. Rapsöl als zähflüssigerer Kraftstoff beeinflusse Einspritzung und Betrieb, sagte er, weise aber einen hohen Energiewert auf. "Mit Applikationen am Motor läuft er genauso wie ein Dieselmotor", sagte er. Zur Versorgung des Motors wurde ein Zweitanksystem ohne Änderungen in der Motorsteuerung gewählt. Der spezifische Kraftstoffverbrauch erhöhe sich bei Rapsöl wegen erhöhter Dichte, sei aber nötig, um dieselbe Leistung zu erhalten. Die Emissionen seien bei NOx etwas erhöht, bei CO nahezu identisch. "Wenn Motorsteuerungseinrichtungen eingebaut sind, hat man Vorteile bei den Partikel-Emissionen, und der Rapsöltrieb ist mit Diesel vergleichbar", sagte Altmann. Weitere Verbesserungen seien möglich. (Schluss) kor

Unsicherheit über Exportbremsen und Regen in Südamerika stoppen Getreiderallye

Preissprünge auf heimischem Kassamarkt mit zeitlicher und wertmäßiger Verzögerung

Wien, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Unsicherheit über Exportrestriktionen Russlands, der Ukraine und Argentinien, die Versorgung mit Soja und Mais entspannende Regenfälle in Südamerika sowie Gewinnmitnahmen stoppten diese Woche die Rallye an den internationalen Terminmärkten für Weizen, Mais, im Sojakomplex und auch bei Raps vorerst einmal. Dazu kamen Aussagen des frisch angelobten neuen US-Präsidenten Joe Biden und seiner Finanzministerin Jane Yellen, die USA würden auch weiterhin eine harte Handelspolitik gegenüber China verfolgen. Trotz der Korrekturen aber verharren die Notierungen nach wie vor auf hohem Niveau. Weiterhin herrscht am Weltmarkt starke Nachfrage insbesondere aus China von Weizen über Mais bis Soja, aber auch von anderen Importeuren von Weizen wie Algerien und der Türkei oder Saudi-Arabiens nach Gerste. An den Kassamärkten übersprangen die Exportpreise von Weizen in Russland und der Ukraine fob auf Schiffen in Schwarzmeerhäfen die Marke von 300 USD/t beziehungsweise umgerechnet gut 247 Euro/t. Mais für den Export aus der Ukraine kam fob auf umgerechnet bis zu knapp 211 Euro/t. Mit einigem zeitlichen und wertmäßigen Abstand folgten die österreichischen Kassamarktpreise sowohl für Brotweizen als auch Mahlroggen und Industriemais sowie deren dieswöchige Notierungen an der Wiener Produktenbörse am Mittwoch dieser Woche den internationalen Entwicklungen mit einem Sprung nach oben. * * * *

Mit einem Plus von 8 Euro/t hält Premiumweizen nun bei 204 bis 214 Euro/t. Qualitätsweizen legte um 2,50 Euro auf 194 bis 203 Euro/t zu und Mahlweizen um 0,50 Euro auf 193 Euro/t. Wie es aus Händlerkreisen heißt, herrsche hierzulande stetig Nachfrage nach Brotweizen der Ernte 2020 und ließen Euronext-Notierungen für die neue Ernte knapp an der 200-Euro-Schwelle Landwirte zunehmend nach Preisabsicherungsangeboten für Weizen aus der Ernte 2021 nachfragen.

Nach wie vor eher klein scheint die Preisspreizung nach den Qualitätsabstufungen beim Weizen. Dabei heißt es, der von den inländischen Mühlen am stärksten nachgefragte Mahlweizen sei aus heimischer Produktion seit Oktober 2020 de facto am Markt nicht mehr erhältlich. Deswegen würden auch Einfuhren aus dem EU-Raum vergleichsweise zu inländischer Ware so hoch notiert. Einen Notierungssprung um 18 Euro/t im Vergleich zum 9. Dezember auf 186 Euro/t verzeichnet Industriemais. Offensichtlich, so ein Marktbeobachter, habe die Verarbeitungsindustrie nun mit ihren Preisgeboten der neuen Realität knapp versorgter Märkte und offenen Bedarfs folgen müssen.

Keine Notierungen kamen an der Wiener Börse für Ölsaaten sowie ungewöhnlicher Weise auch für Eiweißschrote zustande. Die Rallye der Terminmärkte in den letzten Wochen dürfte die heimischen Marktteilnehmer vorerst an die Seitenoutlinie getrieben haben, heißt es.

Unsicherheiten und innenpolitische Debatten um Exportrestriktionen

Russland verunsicherte die internationalen Weizenmärkte in den letzten Tagen damit, ob die Regierung nun neben der Besteuerung der Weizenausfuhren mit 25 Euro/t ab 15. Februar und dann mit 50 Euro/t ab 1. März auch Exportquoten anwenden werde. Vor Weihnachten wurde angekündigt, ab Mitte Februar und bis Ende Juni den Export von Weizen, Roggen, Gerste und Körnermais mit 17,5 Mio. t zu deckeln. Die Exportzölle von 25 und später 50 Euro/t sollten für Ausfuhren innerhalb dieser Quote eingehoben werden, wohingegen Exporte über die Quote hinaus einem Sonderzollsatz von 50%, aber mindestens 100 Euro/t unterworfen werden sollten. Über das Ende von 2020/21 hinaus stellt die Moskauer Regierung ab 1. Juli variable Ausfuhrzölle in den Raum. Die Verunsicherung, ob das Quotenregime jetzt zusätzlich zu den erhöhten Zöllen kommt oder nicht, drückte die letzten Tage auf die internationalen Weizenkurse.

Von den Beschränkungen der Weizenexporte in Russland erwarten die Märkte einen Rückgang von bis zu 2 Mio. t pro Monat im verbleibenden Wirtschaftsjahr 2020/21. Diese Exportmengen könnten nun andere Anbieter verkaufen, weshalb die Maßnahmen Moskaus zur Dämpfung der Lebensmittelpreisinflation im Inland auch die Weltmarktpreise so stark befeuern. Jedoch gilt zum Beispiel die EU als einer der drei großen Weizenexporteure weltweit nach der schwachen Ernte 2020 jetzt schon als über-ausverkauft.

In Russland bekämpfen die Getreideproduzenten die Beschränkungen ihrer Ausfuhren durch die Regierung. Gleiches spielt sich gegenüber ähnlichen Regierungsvorhaben in Argentinien und in der Ukraine ab. In der Ukraine stehen dabei die Exportinteressen der Getreideproduzenten den Interessen der Veredelungsbetriebe nach ausreichender Versorgung und moderaten Preisen entgegen.

Am Freitag gingen die Korrekturen der Notierungen auf beiden Seiten des Atlantiks - sowohl in Chicago an der CBoT als auch in Paris an der Euronext - weiter. An der Euronext fiel der März-Weizenkontrakt am Freitagmittag mit 228 Euro/t wieder unter die 230-Euro-Marke, der von Mais zur Lieferung ebenfalls im März auf 211,25 Euro/t und der Februar-Raps auf 431 Euro/t. Mit auf die Pariser Weizennotierungen drückte dieser Tage ein Weizentender Algeriens, den sich Lieferanten aus der EU exklusiv erwartet hätten. Dem Vernehmen nach kaufte aber Algerien von insgesamt bis zu 390.000 t einen guten Teil auch in Argentinien ein.

Als Preise des Weizens für Algerien c&f (cost and freight, Warenpreis und Transport) kolportieren Agenturen bis zu umgerechnet gut 259 Euro/t, was mehr als 18 Euro/t mehr wären als beim letzten Zuschlag vor Weihnachten. In einer ähnlichen Höhe sollen sich die c&f-Preise für australischen Weizen in südostasiatischen Häfen auf einem Saison-Hoch bewegen. Die Türkei solle auf eine Ausschreibung von 400.000 t Weizen mit mindestens 12,50% Protein zur Lieferung bis Ende Februar hin am Freitag als billigste Offerte ein Anbot über 25.000 t zu umgerechnet knapp 249 Euro/t erhalten haben. Vorigen Dezember hätten die Türken noch um gut 30 Euro/t billiger einkaufen können. Die Türkei ist zwar nicht zur eigenen Versorgung auf große Weizeneinfuhren angewiesen, importiert aber beträchtliche Mengen, um sie zu vermahlen und als Mehl in andere Nahoststaaten weiter zu exportieren. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Überhänge bei schlachtreifen Tieren und gesättigte Fleischmärkte

Notierung in Österreich abermals auf dem Vorwochenniveau fixiert

Wien, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Am seit Jahresbeginn überfüllten europäischen Schweine- und Schweinefleischmarkt gibt es derzeit kaum spürbare Veränderungen. EU-weit schmerzen Absatzverluste durch die anhaltenden und immer wieder verlängerten Gastro-Lockdowns, die vom florierenden Lebensmitteleinzelhandel nur teilweise kompensiert werden können. Zusätzlich haben alle Mitgliedsländer das "ASP-Belastungspaket" aus Deutschland zu schultern, wo man seit Wochen zirka 1 Mio. schlachtreife Tiere vor sich herschiebt, zu unterpreisiger Vermarktung gezwungen ist und sich kaum Entspannung abzeichnet. Vor diesem Hintergrund ist die unveränderte Notierung der Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) schon als Erfolg zu bewerten.

* * * *

In Österreich schafft die Schlachtbranche durch Vollaustattung einen begrüßenswert schnellen Abbau des Überhanges. Mussten sich Anfang Jänner noch zirka 60.000 Schweine gedulden, so gesellen sich aktuell nur mehr zirka 20.000 Stück der Vorwoche zum frischen Angebot. Daher dürfte das über 100 kg liegende durchschnittliche Schlachtgewicht im Jänner in nächster Zeit wieder zweistellig werden, erläutert **Johann Schleder** von der Schweinebörse. Schlacht- und Zerlegebetriebe sind durch das laufende Coronatesten der Mitarbeiter bemüht, durch das Virus keine Manpower zu verlieren und die volle Auslastung der Kapazitäten auch weiterhin zu gewährleisten. Während klein- und mittelbetriebliche Fleischunternehmen mit dem Ausfall des Wintertourismus hadern, schaffen es die Großschlachtbetriebe mit intensiver Exporttätigkeit - vorwiegend nach China -, den Warenstrom zufriedenstellend in Fluss zu halten. Vor diesem Hintergrund wurde an der heimischen Börse die Mastschweine-Notierung abermals auf dem Vorwochenniveau von 1,32 Euro (Berechnungsbasis: 1,22 Euro) je kg Schlachtgewicht fixiert. (Schluss)

LK OÖ ruft zur Teilnahme an Landwirtschaftskammerwahl auf

Langer-Weninger: Jede abgegebene Stimme stärkt Durchsetzung agrarischer Anliegen

Linz, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - "Die Land- und Forstwirtschaft ist wie kaum ein anderer Wirtschaftssektor stark von politischen Rahmenbedingungen abhängig. Die Bauernschaft braucht daher eine starke politische Verankerung, um auch für die Zukunft eine ökonomisch leistungsfähige sowie ökologisch und sozial verantwortungsvolle Agrarpolitik für bäuerliche Familienbetriebe sicherstellen zu können. Unabhängig von Größe, Betriebsform und spartenbezogenen Schwerpunkten stehen die Bäuerinnen und Bauern mit ihren Familien im Mittelpunkt der Kammerarbeit. Um der Bauernschaft weiterhin eine starke Stimme geben zu können, ersuchen wir alle Kammermitglieder um ihre verlässliche Stimmabgabe bei der LK-Wahl am kommenden Sonntag", betont Oberösterreichs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger**. "Die Landwirtschaftskammer wird bei der Durchsetzung zentraler interessenpolitischer Anliegen vor allem dann erfolgreich sein, wenn auch die Bäuerinnen und Bauern hinter der Arbeit ihrer Kammer stehen", so die Präsidentin. * * * *

Gewählte Funktionärinnen und Funktionäre tragen Verantwortung

Die Landwirtschaftskammer ist eine Selbstverwaltungsorganisation. Das bedeutet, dass alle wesentlichen Entscheidungen in der Kammer und für die interessenpolitische Arbeit der Bauernschaft von den durch die Kammermitglieder gewählten Funktionärinnen und Funktionären getroffen werden. Bei der LK-Wahl am Sonntag in Oberösterreich sind die Bäuerinnen und Bauern sowie Grundeigentümer aufgerufen, über die Verteilung der 35 Sitze in der Kammervollversammlung sowie in den 424 Ortsbauernausschüssen zu entscheiden. Die Landwirtschaftskammer ist damit die einzige gesetzliche Berufsvertretung, die in Form der Ortsbauernschaften auch auf der Ortsebene organisiert und aktiv ist.

Enger Mitgliederkontakt ist wichtig

Über die am Sonntag zu wählenden Ortsbauernausschüsse wird ein möglichst enger Kontakt der Kammer zu ihren Mitgliedern sichergestellt. Darüber hinaus sind der Kammerführung der regelmäßige direkte Kontakt und die direkte Diskussion mit den Bäuerinnen und Bauern wichtig. Aus diesen Diskussionen sind auch viele wertvolle Anregungen in die erfolgte Erarbeitung eines umfassenden LK-Arbeitsprogrammes für die kommenden Jahre eingeflossen.

Mitbestimmung bei LK-Wahl aktiv nutzen

"Für die Wirksamkeit und Durchsetzungsstärke der bäuerlichen Berufsvertretung ist das ehrenamtliche Engagement der zahlreichen Funktionärinnen und Funktionäre von ganz entscheidender Bedeutung. Ich danke daher den Aktivisten der verschiedenen Wählergruppen für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, sich der demokratischen Auseinandersetzung im Zuge der Kammerwahl zu stellen. Alle Bäuerinnen und Bauern, Forstwirte und Grundeigentümer sind am Sonntag aufgerufen, verlässlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und mit ihrer Stimme gezielt jene politischen Kräfte zu stärken, von denen sie berechtigt die Durchsetzung ihrer Interessen und Anliegen erwarten", appelliert Langer-Weninger zur Teilnahme an der Kammerwahl. (Schluss)

OÖ: Hiegelsberger begrüßt einstimmigen Landtagsbeschluss zu Kälberprämie

Klares Bekenntnis zur regionalen Landwirtschaft

Linz, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger** begrüßt die gestern im Landwirtschaftsausschuss des Oberösterreichischen Landtages einstimmig beschlossene Resolution für eine nationale Unterstützung der Kälbermast: "Der einstimmige Beschluss ist ein klares Bekenntnis zur regionalen Landwirtschaft. Unsere Familienbetriebe sollen auch weiterhin die Menschen mit besten Lebensmitteln versorgen können - in Zukunft auch vermehrt mit heimischem Kalbfleisch." * * * *

In der Konferenz der Landesagrarreferenten wurde bereits die mögliche Umsetzung einer derartigen Förderung erarbeitet. Mit einer bundesweit einheitlichen Förderung von Vollmilchkalb und "Kalb rosé" über "Qplus Rind" soll die Rentabilität der Kälbermast gesteigert und die Eigenversorgung gestärkt werden, damit werden Langstreckentransporte verringert.

"Damit wir die Kälbermast erfolgreich nach Österreich zurückholen, braucht es neben einer finanziellen Stärkung des Sektors einheitliche AMA-Richtlinien in diesem Bereich und vor allem auch den entsprechenden Absatz. Es kann nicht sein, dass ein Preisunterschied von 50 Cent pro Kalbsschnitzel dazu führt, dass Kalbfleisch mit langen Transportwegen und schlechteren Haltungsbedingungen importiert wird. Heimisches Kalbfleisch, das aufgrund der tiergerechten Fütterung etwas dunkler, aber mindestens so schmackhaft ist im Vergleich zu importiertem Fleisch, muss im Handel, der Gastronomie und der Außer-Haus-Verpflegung klar den Vorzug bekommen", so Hiegelsberger. (Schluss)

Moskau erwartet auch 2021 umfangreiche Getreideernte

Winterbestände in überwiegend gutem Zustand

Moskau, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - In Russland rechnet die Regierung 2021 mit einer Getreideernte in Höhe von 131 Mio. t. Das hat die stellvertretende Ministerpräsidentin **Viktorija Abramtschenko** kürzlich in einem Fernsehinterview bekannt gegeben. Im vergangenen Jahr, so Abramtschenko, waren im Land etwa 133 Mio. t Getreide eingebracht worden, was als zweitgrößte Ernte der vergangenen Jahrzehnte einzustufen sei. Zur kommenden Ernte sei Wintergetreide auf landesweit mehr als 19 Mio. ha ausgesät worden. Der Zustand der Bestände werde von Experten vorläufig auf 81% der landesweiten Fläche als gut und der Rest als zufriedenstellend eingestuft. (Schluss) pom

Ukraine exportierte 2020 deutlich mehr Sonnenblumen

Fachverband fordert Beschränkung durch Sonderabgabe

Kiew, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - Im abgelaufenen Kalenderjahr sind aus der Ukraine rund 187.900 t Sonnenblumen exportiert worden und damit das 2,3-Fache der Vorjahresmenge, berichtet das nationale Agrarinformationsportal latifundist.com unter Berufung auf Angaben des Kiewer Zolldiensts. Den Großteil davon, 102.230 t, hat Bulgarien importiert, dem - mit einem deutlichen Abstand - die Türkei, Georgien sowie die anderen EU-Länder folgten. Wie berichtet, hat die Vereinigung der ukrainischen Ölmühlenindustrie, Ukrolijaprom, im November 2020 die Regierung des Landes aufgefordert, angesichts der aktuell angespannten Lage am Binnenmarkt für Sonnenblumen vorübergehende Sondermaßnahmen zur Einschränkung der Exporte dieser Ölsaaten in die Europäische Union einzuleiten. Die könnte durch die Einführung einer Sonderabgabe zusätzlich zum derzeit geltenden 10%igen Ausfuhrzoll erfolgen. (Schluss) pom

Hagelversicherung: Absage an dritte Flugpiste ist Sieg für wertvollen Bodenerhalt

Nachhaltigem Wirtschaften den Vorrang geben

Wien, 22. Jänner 2021 (aiz.info). - "Es ist ein Zeichen der Vernunft, dass der geplante Bau der dritten Piste auf den besten Ackerflächen Österreichs abgesagt wird. Das zeigt, dass sich nachhaltiges Wirtschaften gegenüber der schon lang andauernden Naturzerstörung durch rücksichtslose Bauprojekte schrittweise durchsetzt", so der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, **Kurt Weinberger**, in einer ersten Stellungnahme. * * * *

Den Raubbau an Mutter Erde belegt die Hagelversicherung mit folgenden Fakten: Alleine der Bau der dritten Piste hätte rund 700 ha unberührte Natur für immer zerstört. Dadurch sichern wir 4,2 Mio. kg Brotgetreide pro Jahr (700 ha mal durchschnittlich 6.000 kg/ha). Für den Brotkonsum werden rund 85 kg Getreide/Kopf und Jahr benötigt. Durch den Stopp des Baus der dritten Piste kann somit der jährliche Bedarf von frischem Brot und Gebäck für knapp 50.000 Österreicherinnen und Österreicher für die Zukunft abgesichert werden.

"Vergessen wir nicht: Ein Land ohne Äcker ist wie ein Mensch ohne Haut, nicht überlebensfähig. Die Abkehr vom unökologischen Bauwahnsinn hin zu einer nachhaltigeren Mobilität ist ein Hoffnungsschimmer für den Schutz von Mensch, Tier und Natur. Eines ist klar: Von Beton können wir nicht abbeißen. Das hat uns die Corona-Krise hoffentlich gelehrt", weist Weinberger abschließend auf den zwingend erforderlichen Erhalt von Agrarflächen in Österreich zur ökologischen Standortsicherung hin. (Schluss)